Offenes Beratungsangebot der agab e.V. in Bremen bedroht!!!

Die **Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürger (agab e.V.)** existiert seit 1976 und leistet seit fast 50 Jahren eine unverzichtbare Arbeit mit hoher fachlicher Qualität und langjähriger Erfahrung.

Wir bieten Sozialrechtsberatung für Menschen mit geringem Einkommen, die sich anwaltliche Unterstützung in diesem Bereich sonst nicht leisten könnten.

An drei Standorten in Bremen Walle, Huchting und dem Schweizer Viertel/Tenever bieten wir stadtweit ein niedrigschwelliges Angebot an juristischer Hilfestellung in den Bereichen Bürgergeld, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, aber auch in anderen sozialrechtlichen Rechtsgebieten beispielweise im Recht der Krankenversicherung oder im Wohngeldrecht.

Die bisher von Bremen aus dem ESF finanzierte Rechtsberatung wird von zurzeit sieben Juristinnen und Juristen, einer Soziologin und einer staatlich anerkannten Sozialarbeiterin - teilweise seit mehr als 35 Jahren - durchgeführt.

Nun ist die weitere Finanzierung der agab durch die fehlenden ESF-Mittel ab 1. Juli 2025 AKUT BEDROHT!

Der Wegfall der Förderung würde dazu führen, dass an drei Standorten in der Stadt die unverzichtbaren Anlaufstellen für unabhängige, professionelle und kostenlose Sozialrechtsberatung entfielen.

In großem Umfang deckt das Angebot aufgrund der fehlenden Beratungshilfe in Bremen (neben wenigen anderen Stellen) die juristische Beratung für Bremerinnen und Bremer mit geringem Einkommen ab.

Pro Jahr werden durch die agab **insgesamt rund 4.500 Beratungen durchgeführt**.

Auf die beiden **Außenstandorte** im Schweizer Viertel und im bus Huchting entfallen ca. 1.100 Beratungen.

Durch den Wegfall des Angebotes hätten viele Menschen keinen Zugang mehr zu persönlicher, sozialrechtlicher Beratung und würden in existenziellen Notlagen allein dastehen. Bereits jetzt übersteigt der Bedarf die Kapazitäten der Beratungsstelle bei weitem. Für Viele ist die agab der letzte Ansprechpartner, bevor der Strom abgestellt wird oder wenn es Probleme mit den Leistungen des Jobcenters oder der Arbeitsagentur gibt. Kostenintensive Notlagen mit hohen Folgekosten für die Stadt wie Wohnungslosigkeit oder das Fehlen einer Krankenversicherung werden mit unserer Hilfe verhindert.

Unsere Arbeit entlastet nicht nur die Ratsuchenden selbst, sondern auch Behörden und Sozialleistungsträger.

Die Beratungsarbeit der agab muss dringend von der Stadt Bremen weitergefördert werden!

April 2025

Kofinanziert von der Europäischen Union

Freie Hansestadt Bremen

Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürger e.V. • Grenzstraße 122 • 28217 Bremen **Tel.: 0421/ 39 52 50**